

PROJEKTINFORMATION

Elektro- und Elektronikabfallverwertung in Kaliningrad (Russische Föderation) - Phase II



Behandlung von Elektronikabfällen in Kaliningrad (Foto: IFEU Iserlohn)

Hintergrund

Das Kaliningrader Gebiet der Russischen Föderation ist von den EU-Staaten Polen und Litauen sowie der Ostsee umgeben. Dadurch ist es räumlich vom Rest Russlands abgegrenzt. Mit einer Einwohnerdichte von 61 Einwohnern/km² ist die Besiedlung im Kaliningrader Gebiet im Vergleich zum Gesamtgebiet der Russischen Föderation (8,3 Einwohnern/km²) hoch. Dies macht den nachhaltigen Umgang mit Abfällen zu einer Herausforderung.

In der Stadt Kaliningrad ist der umweltverträgliche Umgang mit Elektro- und Elektronikabfällen ein dringendes Problem. Die Stadtverwaltung Kaliningrad wollte daher ein System zu deren umweltgerechter Erfassung und Entsorgung aufbauen. Seit 2010 unterstützten das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt die Kaliningrader Stadtverwaltung dabei. In der ersten Phase des Projektes „Elektro- und Elektronikabfallverwertung in Kaliningrad“ hatte das IFEU Iserlohn verschiedene Szenarien erarbeitet, wie zukünftig nachhaltig mit den im Stadtgebiet anfallenden Elektro- und Elektronikabfällen umgegangen werden kann.

Projekt

Basierend auf den in Phase I erarbeiteten Vorschlägen wollte die Stadtverwaltung Kaliningrad die vorhandenen Verwertungsmöglichkeiten in kleinen und mittelständischen Unternehmen erweitern sowie finanzielle und logistische Voraussetzungen für ein funktionierendes Entsorgungssystem schaffen. In Phase II des Projektes erarbeiten die deutschen Berater daher in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung und weiteren Akteuren technische und organisatorische Planungsunterlagen für den Aufbau eines Logistiksystems zur Erfassung der Elektro- und Elektronikabfälle. Speziell berieten sie auch zu rechtlichen, finanziellen und technischen Aspekten der Erfassung, Behandlung und sicheren Verwertung quecksilberhaltiger Gasentladungslampen und begleiteten die Umsetzung vor allem bei den zuständigen Wohnungsverwaltungsgesellschaften. Darüber hinaus schlugen sie Elemente für eine Informationskampagne für die Bevölkerung vor.

Mit der Beratung sollte die Stadtverwaltung in die Lage versetzt werden Kapazitäten so aufzubauen, dass die umweltgerechte Erfassung und Entsorgung von Elektro- und Elektronikabfällen in der Stadt Kaliningrad dauerhaft gewährleistet wird. Aufgrund unzureichender föderaler Rahmenbedingungen, die auf lokaler Ebene nicht beeinflussbar waren, konnte das ursprüngliche Projektziel nicht bis zum Ende verfolgt und erreicht werden.

- Land/Region: Gebiet Kaliningrad (Russische Föderation)
- Laufzeit: 01/2012 - 12/2013
- Adressat der Beratung: Stadtverwaltung Kaliningrad
- Durchführende Organisation: IFEU Institut für Entsorgung und Umwelttechnik gGmbH, Iserlohn
- Projektkennzahl: FKZ 380 01 278